

A1

# Antrag

**Initiator\*innen:** KGSE Elmshorn

**Titel:** Zusammenarbeit mit der AfD

## Antragstext

1 Die Landeschüler\*innenvertretung der Gemeinschaftsschulen bekennt sich zu den  
2 Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des  
3 respektvollen Miteinanders. Als Vertretung der Schülerinnen setzen wir uns für  
4 eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft ein.

5 Vor diesem Hintergrund beschließt die Landeschüler\*innenvertretung, jegliche  
6 Zusammenarbeit oder den Kontakt mit der politischen Partei Alternative für  
7 Deutschland (AfD) auf allen Ebenen ausdrücklich auszuschließen. Dies umfasst  
8 insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- 9 • die Teilnahme von Vertreterinnen der AfD an Veranstaltungen, Diskussionsrunden  
10 oder sonstigen Formaten der Landeschülerinnenvertretung,
- 11 • offizielle Treffen, Gespräche oder sonstige Kooperationen mit  
12 Funktionsträger\*innen der AfD oder ihrer Jugendorganisation,
- 13 • die Unterstützung oder Verbreitung von Positionen, die im Widerspruch zu den  
14 demokratischen und menschenrechtlichen Grundwerten unserer Schülerschaft stehen.

## Begründung

Die Landeschülerinnenvertretung der Gemeinschaftsschulen versteht sich als demokratische Interessenvertretung aller Schülerinnen und bekennt sich ausdrücklich zu den Grundwerten der Demokratie, der Vielfalt, der Menschenwürde und des respektvollen Miteinanders. Diese Werte sind die Grundlage

unseres Engagements für eine offene, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Die Alternative für Deutschland (AfD) vertritt jedoch wiederholt Positionen, die im Widerspruch zu diesen Grundwerten stehen. In zahlreichen öffentlichen Äußerungen, Programmen und politischen Initiativen wurden menschenfeindliche, diskriminierende und antidemokratische Positionen deutlich. Dazu zählen insbesondere Angriffe auf die Menschenwürde von Minderheiten, die Ablehnung einer offenen und vielfältigen Gesellschaft sowie eine bewusst spalterische Rhetorik, die einem respektvollen und sachlichen demokratischen Diskurs entgegensteht.

Als Landesschülerinnenvertretung haben wir die Verantwortung, uns klar gegen solche Tendenzen zu positionieren und ein Umfeld zu schaffen, in dem sich alle Schülerinnen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung sicher und respektiert fühlen. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird und deren Vertreter\*innen immer wieder demokratische Grundprinzipien infrage stellen, würde diesen Anspruch konterkarieren.

Darüber hinaus zeigt die Erfahrung, dass Diskussionen mit der AfD oft nicht mehr sachlich über das eigentliche Thema geführt werden, sondern sich stattdessen um die Partei selbst drehen. Dies führt dazu, dass die Debatte nicht von unterschiedlichen Perspektiven zu einem Sachthema, sondern von der Rechtfertigung der AfD-Positionen dominiert wird. Dadurch wird keine echte Multiperspektivität gefördert, sondern die konstruktive Auseinandersetzung mit demokratischen Lösungsansätzen erschwert.